

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 5

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

Auf dem Weg zur CH 91

Stationen einer nationalen Willensäusserung

CH 91: Hinter diesem Begriff verbergen sich die Jubiläumsfeierlichkeiten der Eidgenossenschaft im Jahr 1991 und die sie begleitenden Veranstaltungen und Ereignisse in der Innerschweiz und der ganzen Eidgenossenschaft. Fünf Jahre vorher liegt ein Konzept vor, wie CH 91 auszusehen habe. Es unterscheidet sich markant vom gewohnten Bild schweizerischer Landesausstellungen. Dieser Beitrag schildert, wie und warum es dazu kam.

1991 eine Landesausstellung in der Innerschweiz? Natürlich: weil im Jahr des siebenhundertsten Geburtstages unseres Landes in Schwyz gefeiert werden soll. Diese Tradition begann 1891, «... *in den Lobeshymnen, die ihre Chronisten über die Tage von Schwyz angestimmt haben, klangen Herztöne wirklicher Ergriffenheit auf ...*» und wurde 1941 weitergeführt, «*harter Zeit zum Trotz*». Der Gedanke, die nächste Landesausstellung 1991 mit den Feiern in der Innerschweiz zu kombinieren, stammt aus dem Umfeld der EXPO 64 in Lausanne. Es war ein Gedanke, der einleuchtend die Zuversicht der sechziger Jahre auf die kommende Generation übertrug. Er führte Mitte der siebziger Jahre in Schwyz und Luzern zu Projekten in vertrauter Szenografie und Formensprache, mit allen Möglichkeiten des Durchwanderns und Anschauens, also ganz so, wie

wohl heute noch mancher im Jahr 1991 gerne eine Landesausstellung erleben würde.

Zwei Landesausstellungen in der Innerschweiz? Ging nicht. Eine Einigung unter Schwyz und Luzern? War ebenfalls nicht möglich. «Bern» wurde – inoffiziell – angefragt. Helvetisch zurückhaltend, aber klar kam die Antwort, verbunden mit einer sanften Drohung:

1. ist eine Landesausstellung nicht Sache des Bundes, sondern der Kantone,
2. haben sich die Kantone der Innerschweiz geeinigt, wird der Bundesrat auf die Sache eintreten,
3. bezeichnet der Bundesrat als seinen alleinigen Gesprächspartner die Innerschweizer Regierungskonferenz IRK,
4. wird in der Innerschweiz keine Zentenarfeier durchgeführt, prüft der Bundesrat die Möglichkeiten für einen solchen Anlass in helvetisch schlichtem Rahmen.

Ein folgeschwerer Szenenwechsel: Jetzt war auf einmal die ganze Innerschweiz beteiligt. Und die Innerschweizer Regierungskonferenz ist zuweilen mit der alten Tagsatzung zu vergleichen; Einstimmigkeit ist erforderlich, und jeder Entscheid muss von den Regierungen der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Zug bestätigt werden.

Damit wurde 1977 ein breiter, sich stets erneuernder föderalistischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsablauf ausgelöst, aus dem aber ein handfestes Projekt und seine Verwirklichung hervorgehen muss, mit einem Termin, der unter keinen Umständen verpasst werden darf.

Geburtsstunde des Mehrstandortkonzeptes

Die IRK organisierte sich, und die Projekte in Schwyz und Luzern kamen unter Beschuss:

Die IRK gründete am 30. März 1977 den «Ausschuss Z+L» mit je einem Regierungsrat aus jedem Innerschweizer Kanton mit dem Auftrag, Vorschläge für die «Zentenarfeier und Landesausstellung 1991 in der Innerschweiz» auszuarbeiten. Der Zuger Vertreter übernahm den Vorsitz; Zug ist bei gesamtinnerschweizerischen Fragen oft etwas «draussen» und für viele Koordinationsaufgaben geeignet. Im Februar 1978 beauftragte man eine ebenfalls sechsköpfige «Konsultativkommission» mit der Ausarbeitung von Leitideen und Grobkonzepten.

«Seerose» und «Sunnewirbel» hissen die Gruppen, die in Luzern und Schwyz die Landiprojekte wirksam zu kritisieren begannen. In Luzern wurde eine unerträgliche Belastung im Sommer 1991 befürchtet, in Schwyz äusserte man Bedenken wegen des hohen Landverbrauchs. Zudem stellte man beiderorts die Frage, ob Landesausstellungen noch zeitgemäß seien, und bestritt ihre Vereinbarkeit mit den Forderungen des Umwelt-, Landschafts- und Ortsbildschutzes. Diese

Kritik wirkte auf die Initiativorganisationen in Schwyz und Luzern und auf die IRK:

Von Anfang an stellte der «Ausschuss Z+L» eine monozentrische Landesausstellung in der Innerschweiz in Frage, aber nicht nur wegen den oppositionellen Argumenten, denen er sachlich weitgehend folgte, sondern auch wegen des Umstandes, dass jetzt der ganze Raum der Innerschweiz zur Diskussion stand. Das war die Geburtsstunde des Mehrstandortkonzeptes! Die Argumente sind im Bericht des Ausschusses vom 16. November 1979 zusammengefasst:

«Die Innerschweiz ist aber ein sehr vielfältig gegliederter Raum (geschichtlich, landschaftlich usw.). Eine monozentrische Zentenarfeier mit Landesausstellung entspricht nicht dieser Gliederung. Es lohnt sich daher, zu prüfen, ob nicht bereits die einfachsten Grundgegebenheiten des Raumes „Innerschweiz“ Hinweise ergeben, dass Zentenarfeier und Landesausstellung an zwei oder mehreren Orten anzurufen sind, und ob sich Zentenarfeier und Landesausstellung irgendwie aufteilen lassen.»

Der «Ausschuss Z+L» schlug folgendes Konzept vor: Zwei Schwerpunktstandorte: Schwyz und Luzern.

- Zentenarfeier: Schwyz als Zentrum, daneben finden in Luzern zeitlich begrenzte Anlässe statt.
- Landesausstellung: Luzern wird der «klassische» Teil einer Landesausstellung zugeordnet. Zur Zentenarfeier in Schwyz kommt zusätzlich das, was aufgrund der Gegebenheiten im Jahre 1991 vom klassischen Konzept einer Landesausstellung abweicht.

Drei Standorte für Zentenarfeier und Ergänzungseinrichtungen: Alpnachstad, Stans, Flüelen-Seedorf.

Standorte für kleinere Anlässe.
Historische Stätten.

Ein folgenschweres Nein

Im Bannersaal des Rathauses in Stans diskutierte die Innerschweizer Regierungskonferenz den Vorschlag des «Ausschusses Z+L». Fünf Delegationen waren dafür, eine dagegen. Verloren war vorerst noch nichts. 1980 lud der «Ausschuss Z+L» die Regierungen von Schwyz und Luzern ein, die Vorarbeiten durch die Initiativkomitees weiterführen und überarbeitete Konzepte vorlegen zu lassen. Die Arbeit der IRK kam derweil zum Stillstand. Man wartete auf die Arbeiten aus Schwyz und Luzern und hoffte, sie als Basis für das dem Bundesrat zu unterbreitende geeinte Konzept verwenden zu können. Die Zeit begann zu drängen. Im Februar 1981 veröffentlichte die «Luzerner Regionalkonferenz Landi» ihr Konzept «SCHWEIZ 1991»; es sah vor, in der Vorbereitungszeit die ganze Schweiz mitwirken zu lassen und drei Hauptthemen in Luzern, das Thema «Schweizer in Gemeinschaft» aber in Schwyz im Rahmen der Zentenarfeier darzustellen.

Das überarbeitete Konzept aus Schwyz überraschte: in völliger Abkehr vom alten Gedanken einer Landesausstellung wurde unter dem Namen «CH 700» ein Prozess der Mitbeteiligung und Mitwirkung vorgeschlagen, der über das ganze Land verteilt zu Initiativen und Beiträgen führen sollte. Eine Koordinationsstelle

in Schwyz hätte landesweite Animationsstellen in ihrer Arbeit unterstützt, die Arbeitsergebnisse wären dezentral ausgetauscht worden. Nach fünf Jahren wäre zu entscheiden gewesen, ob die Ergebnisse anno 1991 in einer Auswahl auf einem Forum in Schwyz hätten zusammengeführt werden sollen. Nun war die IRK etwa soweit wie am Anfang: wieder aus Schwyz und Luzern je ein Projekt, unkoordiniert, aber mit ähnlichem Anliegen. Beide setzten sehr stark auf landesweite Mitwirkung, in Schwyz vorwiegend prozesshaft ausgelegt, in Luzern etwas stärker auf eine dreidimensionale Veranschaulichung gerichtet. Gegenüber 1977 gab es aber zwei wesentliche Unterschiede: man war erfahrener und realistischer – und die Zeit lief aus.

Landesweite Partizipation

Der «Ausschuss Z+L» handelte rasch und konsequent. Im Oktober 1981 schlug er ein neues Konzept vor. Im Mittelpunkt stand jetzt die Zentenarfeier, begleitet von landesweiten Aktivitäten:

- Jubiläumsfeiern in der ganzen Schweiz; Träger sind Kantone, Gemeinden, Private,
- Zentenarfeier in der Urschweiz; Träger sind Bund und Kantone der Innerschweiz,
- Ergänzungen zur Zentenarfeier: «SCHWEIZ 1991» in Luzern, «CH 700» in Schwyz,
- gesamtschweizerische Erarbeitung der Inhalte: Realisierung von Projekten und Musterbeispielen in der ganzen Schweiz.

Eine Übergangsorganisation habe dafür ein Vorprojekt auszuarbeiten, als Grundlage für die Entscheide durch Volk und Behörden. Anschliessend seien durch die Innerschweizer Kantone und den Bund die Trägerschaften einzusetzen.

Dieser Bericht bewirkte den Durchbruch: In Altdorf stimmte ihm die IRK einstimmig zu, wenig später auch der Bundesrat. Der Weg zur Gründung der Übergangsorganisation war frei: Ein neuer Ausschuss mit zwei Vertretern des Bundes und je einem Regierungsrat der Innerschweizer Kantone wurde zur Leitung eingesetzt. Er ernannte die «Kommission Z+L», später «Kommission CH 91» genannt, eingeteilt in die vier Arbeitsgruppen «Inhalt und Thematik», «Öffentlichkeit», «Recht und Finanzen» und «Infrastruktur und Organisation». Sie wurde frei, also nach persönlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt; Männer und Frauen aus dem ganzen Land, gut ein Drittel davon aus der Innerschweiz. Die engagierten Diskussionen, besonders in der Arbeitsgruppe «Thematik», dürften allen Beteiligten unvergesslich bleiben. Die ganze Meinungs- und Auffassungsvielfalt unseres Landes kam zum Ausdruck, ein Flimmern und teilweise Toben der Ansichten und Meinungen, was unser Land heute, bis 1991 und darüber hinaus sei und was davon Gegenstand einer Jubiläumsfeier zu sein habe; unvergesslich die gemeinsamen Versuche, für das Ganze eine «Charta» zu beschliessen: jeder und jede vertrat seine Version, glaubte, sie sei die gültige und von allen anderen eindeutig verschieden. Dabei war sie doch auf ihre Art immer schweizerisch, zutreffend und unzutreffend zu-

gleich. Kurz: das Vorhaben wurde aufgegeben, man wandte sich der konkreteren Frage zu: Was soll auf 1991 hin gemacht werden? Im Vordergrund stand immer wieder das Zusammenspiel zwischen der Innerschweiz und dem ganzen Land. Bald einmal stand fest: Das ganze Land bereitet sich vor, man «stellt etwas bei sich zuhause her, jemand koordiniert und prüft, wie sich das Hergestellte in der Innerschweiz, allenfalls in einer verkleinerten oder abgeänderten Form, abbilden oder veranschaulichen kann». Schon aufgrund der föderalistischen Struktur der Innerschweiz wurde der Gedanke an eine zentrale Organisation, die alles selbst herstellt und 1991 präsentiert, von Anfang an nicht in Betracht gezogen.

Sich selbst in der Innerschweiz wiederfinden

Langsam kam zum Vorschein, was man auf 1991 eigentlich erhoffte: man wollte etwas von sich selbst in der Innerschweiz wiederfinden, entweder symbolisch oder durch etwas, an dessen Erschaffung man irgendwie beteiligt war. Freundeidgenössisch wurde vorausgesetzt, dass die Innerschweizer selbst bestimmen, was bei ihnen dargestellt wird, alles übrige sei in «landesweiten Ereignissen» unterzubringen. Aber der Gedanke, irgend etwas von «sich selbst» auf die Landesgegend, wo alles begann, übertragen zu können, war faszinierend und galt als das, was das «Konzept CH 91», wie es jetzt genannt wurde, grundsätzlich von ähnlichen Ereignissen unserer Zeit unterscheiden solle.

Das «Konzept CH 91» war die Antwort auf diesen Grundgedanken:

- Eine Jubiläumsfeier im Raum Schwyz–Brunnen–Rütli, als Ort des Treffens und der Darstellung unseres Staates in seiner föderalistischen Struktur.
- Ein «Höhenweg» um den Urnersee, zur Auseinandersetzung mit der Urlandschaft der Schweiz, ihrer Geschichte und ihren Bewohnern, geeignet, als Erinnerung an das Jahr 1991 weiterbestehen zu bleiben.
- Die bedeutenden Innerschweizer Stätten, verbunden durch Wege, als «Programm» zum Erleben der ganzen Innerschweiz.
- «Kernereignisse» in den Innerschweizer Kantonen, wo sich die unter landesweiter Beteiligung erarbeiteten Beiträge, gegliedert nach thematischen Bereichen, zusammenfassend darstellen, sei es in Ausstellungen, bei Anlässen, Festen, Spielen und so weiter.
- «Landesweite Ereignisse» als diejenigen Beiträge, die sich entweder nicht auf die Innerschweiz übertragen lassen oder die wegen ihren lokalen Vorbedingungen eben nicht in der Innerschweiz stattfinden können.

Die vorgeschlagene Organisation entsprach dem Konzept:

- Eine Dachorganisation, die «Stiftung CH 91», soll koordinieren und einen «Minimalanlass» garantieren (darum sind das Jubiläum in Schwyz und der Weg um den Urnersee als «stiftungseigene Projekte» bezeichnet).
- Kantonale Projektgemeinschaften in der Innerschweiz erarbeiten Projekte für «Kernereignisse», und realisieren sie zusammen mit den

Mitwirkenden aus dem ganzen Land.

- In allen Teilen des Landes sollen Projektgruppen entstehen, welche die Beiträge an die Innerschweizer Projekte und weitere, landesweit anzusiedelnde Ereignisse erarbeiten.

Die «Kommission CH 91» schloss ihre Arbeit im Dezember 1983 ab. Nach Zustimmung zum Konzept CH 91 gründeten am 12. Dezember 1984 Vertreter des Bundesrates und der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug die Stiftung CH 91 mit Sitz in Schwyz.

Die eidgenössischen Räte bewilligten einen Beitrag von 5 Millionen Franken an die Grobplanungskosten.

Ein beispielloses Vorhaben

Was bleibt noch zu sagen?

Die Luzerner Stimmbürger lehnten den Beitritt zur Stiftung CH 91 ab. Trotzdem sind ihr heute (März 1986) schon 17 Kantone beigetreten, aus Solidarität, aber auch in einem gewissen Vertrauen in das Vorhaben, an dem sie in angemessener Art und Weise mitzuarbeiten gedenken.

In verschiedenen Kantonen sind, meist durch die Regierungen eingesetzt, Arbeitsgruppen am Werk. Sie werden ab diesem Sommer, zusammen mit Vertretern der örtlichen Gemeinden, «ihr» Wegstück am Urnersee besichtigen. Sie werden auch Vorschläge ausarbeiten, was in ihrem eigenen Kanton vorgekehrt werden soll, und was davon in der Innerschweiz in Erscheinung treten könnte.

Mit vielen möglichen Trägern von Ereignissen hat die Stiftung Kontakt aufgenommen, um abzuklären, wo ihre

Interessen bezüglich CH 91 liegen, was sie dazu beitragen können und wollen.

Das Vorhaben CH 91 ist in gewisser Sicht beispiellos; man kann nicht einfach eine Schublade öffnen und schauen, «wie man es damals gemacht hat». Es ist deshalb in verschiedenen Teilen ein Lernprozess und hat auch so seinen Wert. Allerdings braucht es einen festen Kern, um den sich die Ergebnisse der dezentralen Produktionsweise gruppieren können, weil das eher Lockere, nicht zentral Entstandene besser und prägnanter zur Geltung kommt, wenn es sein Gegenstück findet in Teilen, wo das gemeinsame Schaffen sich zu einer klaren, attraktiven Struktur verdichtet. CH 91

muss auch beweisen, dass das föderalistische Handeln zu Ergebnissen führen kann, die mehr sind als die Summe aller Einzelteile.

Zuversicht

Langsam beginnen die Vorstellungen, wie CH 91 nach dem anerkannten Konzept vom Dezember 1983 aussehen habe, in die Realität hineinzuwachsen. Viele Hände und Köpfe arbeiten an den bevorstehenden Ereignissen. Sie werden am Versprechen gemessen werden, CH 91 zu einem Anlass zu machen, mit dem sich die ganze Bevölkerung identifizieren könne.

Andres Nydegger

Nationalismus in Osteuropa

Nicht nur Gefahr, auch Stütze der sowjetischen Hegemonie

In Osteuropa ist ein allgemeines Anwachsen des Nationalismus festzustellen. Auch in der Sowjetunion bleibt der Nationalismus ein lebendiges Problem. In der Grundsatzrede, die Generalsekretär Gorbatschow am 27. Parteitag der KPdSU gehalten hat, hiess es im Kapitel über die sogenannte «Vervollkommnung der sozialen und klassenmässigen sowie nationalen Beziehungen: «Wir sind mit Recht auf die Errungenschaften der sowjetischen multinationalen sozialistischen Kultur stolz. Indem sie den Reichtum an nationalen Formen und Farben aufnimmt, wird sie zu einer einmaligen Erscheinung. Es ist jedoch wichtig, dass das gesunde Interesse für alles Wertvolle, was je die nationale Kultur

besitzt, nicht in Versuche ausartet, sich gegen den objektiven Prozess der Wechselwirkung und Annäherung der nationalen Kulturen abzuschirmen ... Die auf Lenin zurückgehende Tradition unserer Partei – eine besondere Hellhörigkeit und Umsicht in allem, was die Nationalitätenpolitik anbelangt – berührt die Interessen einer jeden Nation und Völkerschaft, die nationalen Gefühle der Menschen; sie ist gleichzeitig ein prinzipieller Kampf gegen die Erscheinungen der nationalen Borniertheit und des Dünkels, wie sie sich auch geben mögen. Wir Kommunisten müssen den weisen Lenin'schen Geboten konsequent folgen, sie unter den neuen Bewegungen schöpferisch anwenden, höchst auf-

merksam und prinzipiell in den nationalen Beziehungen sein – im Interesse der weiteren Festigung der brüderlichen Freundschaft aller Völker der UdSSR.»

Diese Worte Gorbatschows zeigen samt anderen Hinweisen, dass die Führung in diesem heiklen Bereich einen mittleren Kurs gehen will, wobei auch hier wie auf fast allen Gebieten alles offen und interpretierbar bleibt. Dass dabei nicht nur die innersowjetischen, sondern auch die ausländischen Erfahrungen in den kommunistisch regierten Staaten berücksichtigt werden, dass die Frage der nationalen Problematik auch bei der Dynamik der Wirtschaftsexperimente und vor allem bei der Festlegung der Grenzen der Reformbestrebungen eine im Westen bisher kaum wahrgenommene Schlüsselrolle spielt, liess ein langes Hintergrundgespräch mit dem prominenten aussenpolitischen Experten, Professor Fjedor Burlatski in Moskau erkennen. Er wies ausdrücklich auf das abschreckende Beispiel Jugoslawiens hin und bezeichnete den multinationalen Charakter des Staates indirekt als eine Dimension, die bei den Dezentralisationsexperimenten auch für die Reformer nicht ausser acht gelassen werden könne.

Die heimliche Angst vor der Aufsplitterung und der Dynamik der zentrifugalen Kräfte kam übrigens auch in den Passagen der Gorbatschow-Rede über die Zusammenarbeit des Ostblocks zum Ausdruck: «Überhaupt gehört die Fähigkeit des Sozialismus, zu lernen zu seinen Vorzügen. Lernen, Probleme, die das Leben aufwirft, zu lösen. Lernen, Versuchen entgegenzuwirken, die darauf abzielen, die sozialistische Welt zu spalten und die

einen Länder gegen andere auszuspielen. Lernen, keine Kollisionen von Interessen der verschiedenen sozialistischen Staaten zuzulassen, diese Interessen harmonisch aufeinander abzustimmen und selbst für die schwierigsten Probleme Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten akzeptabel sind.» Die Kernfrage bleibt allerdings trotz Gorbatschows Hinweise darauf, dass keine Partei Anspruch auf den Monopolbesitz der Wahrheit erheben dürfe, wer wann und wie das gemeinsame Interesse bestimmt.

Ob man von dem Phänomen des «gesunden Patriotismus» oder von einem «bourgeoisen und antikommunistischen Nationalismus», von «reaktionär-nationalistischen Überbleibseln» redet, hängt von der jeweiligen Situation in einem jeden Lande, von den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem jeweiligen Land bzw. von den Beziehungen dieser Länder untereinander ab. Eines kann man allerdings mit Bestimmtheit sagen: Dieser Nationalismus ist nirgends antiwestlich.

Zersplitterter Widerstand

Doch im Gegensatz zur weitverbreiteten Annahme in den westlichen Medien ist der Nationalismus in den kleineren osteuropäischen Staaten nicht nur und oft nicht einmal in erster Linie eine Gefahr für die sowjetische Hegemonie, sondern eine Stütze der sowjetischen Vorherrschaft. Gerade in der letzten Zeit zeigen vielfältige Entwicklungen im gesamten ost- und südosteuropäischen Raum, dass ein wieder erwachter Nationalismus trotz latenter

Bedrohung der sowjetischen Position auch den Widerstand gegen die sowjetische Hegemonie aushöhlen oder zersplittern kann. Fest steht jedenfalls, dass in den osteuropäischen Staaten, in denen die Führung keine Legitimation hat und wo die Entideologisierung und der Generationswechsel fortschreiten, das Vakuum vom Nationalismus, oder anders ausgedrückt von der Suche nach nationaler Identität ausgefüllt wird.

In Polen hat der klassische Nationalismus zwar eine antisowjetische Spalte und stellt die grösste Gefahr für die Kohäsion des Ostblocks dar, doch ist er zugleich auch ein zentrifugaler Faktor, was die Einheitsfront gegen die Sowjets anbelangt. So hört man heute immer neue Bestätigungen dafür, dass die vererbten Animositäten gegenüber der Tschechoslowakei stärker als je sind. Bekanntlich war die polnische Reaktion im allgemeinen (also nicht in Dissidentenkreisen) zurückhaltend und später von Schadenfreude geprägt, als sich die Ereignisse im Frühjahr und Sommer 1968 in der Tschechoslowakei überstürzten. Nur wurde das damals von vielen Beobachtern übersehen. Die Kluft ist inzwischen nicht nur geblieben, sondern grösser geworden. Auch die Beziehungen zwischen der DDR und Polen sind von unterschwelligen Ressentiments beeinflusst. Da spielt nicht nur die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg eine Rolle, sondern auch das Wohlstandsgefälle und die unbedingte Solidarität der DDR-Führung mit den Sowjets während der Krisenperioden der letzten Jahre in Polen. Schliesslich muss in diesem Zusammenhang auch das polnisch-ungarische Verhältnis als warnendes Beispiel erwähnt

werden. Von der einstigen Freundschaft zwischen den beiden Völkern ist wenig übriggeblieben. Die ungarischen Funktionäre sprechen hinter vorgehaltener Hand nach wie vor mit kaum verhohelter Irritation über die Zustände in Polen, zumal diese nicht nur eine finanzielle Belastung, sondern oft auch eine Diskreditierung des Reformgedankens bedeuten. In diesem Sinne kann man also selbst bei dem am meisten antirussisch eingestellten Volk in Osteuropa die vielen Gesichter des Nationalismus sehen. Heisst es doch oft in Privatgesprächen in Warschau oder Krakau: «In Wirklichkeit fühlen wir uns den Franzosen oder den Österreichern wesentlich mehr verbunden als unseren benachbarten oder nicht benachbarten kleineren Bruderstaaten.»

Beispiel Ungarn

Nur nach aussen hin liegen die Dinge anders in Ungarn. Dort wird der antirussische Nationalismus von einem antirumänischen Nationalismus und zum Teil auch von Ressentiments gegen die Tschechoslowakei überlagert. Die ungarische Öffentlichkeit bekundete in erster Linie wegen der Diskriminierung der grossen ungarischen Minderheit (rund 600 000 stark) keine dauerhafte und echte Solidarität mit der Tschechoslowakei seit 1968 und auch, ja sogar erst recht nie mit dem Unabhängigkeitskurs Rumäniens, wo rund zwei Millionen Ungarn noch stärkerer Unterdrückung ausgesetzt sind als im nördlichen Nachbarland. Es gibt also einen sozusagen eingebauten Faktor, der die ungarische Beteiligung selbst an einer zeitbedingten

Koalition der Kleinen gegen die sowjetische Hegemoniemacht von vornherein ausschliesst. In diesem Sinne kann Ungarn jederzeit als ein potenter Hebel zur Isolierung Rumäniens eingesetzt werden. Doch bleibt von Moskauer Warte aus die Überlegung richtig, dass letzten Endes jeder Nationalismus in antisowjetischen Nationalismus mündet, solange sowjetische Truppen «zeitweilig» in diesen Ländern stationiert sind.

Der ungarische Nationalismus ist also beides: Eine Gefahr, aber auch eine Stütze für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft, die jedes gemeinsame Auftreten in substantiellen Fragen blockiert. Dabei darf man nicht übersehen, dass trotz der prosowjetischen Linie die ungarische Politik auch ein Element der Selbstzerstörung in sich birgt, zumal nur eine national betonte Politik die innenpolitische Basis des Regimes sichern kann. Zugleich könnte aber gerade ein solcher Kurs – vor allem in der Nach-Kadar-Ära – die Schwächung des «klassenmässigen» Charakters des Regimes und dadurch waches Misstrauen in Moskau, geschweige denn in Prag und Bukarest, auslösen. Paradox ist auch die Tatsache, dass während die Nachbarschaft die Zusammenarbeit nicht begünstigt, die Beziehungen zur DDR aus nüchternen Erwägungen und in krassem Gegensatz zur Vergangenheit wesentlich besser geworden sind.

Sonderfall Rumänien

Im Falle Rumäniens ist der Nationalismus sowohl aggressiv (in der Frage Bessarabiens gegen die Sowjetunion)

als auch defensiv (wie gegenüber Ungarn wegen der 2 Millionen starken ungarischen Minderheit, die als trojanisches Pferd betrachtet wird). Die innere Krise hat die Abwehrkraft ausgehöhlt, aber zugleich auch zur Verstärkung einer antiungarischen, antideutschen und antisemitischen Politik geführt. «Objektiv betrachtet» ist also der rumänische Nationalismus insofern auch eine Stütze für die sowjetische Vorherrschaft, weil er den Unabhängigkeitskurs im Ostblock diskreditiert, die ungarische Bevölkerung von Resentiments gegen die Sowjetunion ablenkt und dazu führt, dass die erbitterten Ungarn unter Umständen als Speerspitze für sowjetische Druckversuche in einer Krisensituation gegen Rumänien wirken könnten. Dass noch dazu das Land heute ein eher abschreckendes Beispiel für die Folgen einer voluntaristischen Politik mit antisowjetischem Akzent abgibt, trägt ungewollt zur Stabilisierung der sowjetischen Vorherrschaft in diesem Raum bei.

Treues Bulgarien

Bulgarien ist ein traditioneller Träger der zentrifugalen Tendenzen auf dem Balkan. Ganz abgesehen von den früheren Querschüssen gegen die regionale Kooperation, verursacht die grossangelegte Kampagne zur Bulgarisierung der türkischen Minderheit solche Erbitterung und solchen Hass in der Türkei, dass die Zeit der engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten für die absehbare Zukunft vorbei ist. Die in der Türkei aufgeputzte antibulgarische Stimmung schwächt, wenn auch indirekt, die

sowjetische Position. Anderseits wird Bulgarien durch den Streit mit der Türkei geradezu gezwungen, sich mehr als je zuvor an die Sowjetunion anzulehnen. Zugleich bleibt das Land ein potentielles Sprungbrett gegenüber Jugoslawien. Es wäre indessen unklug, die Berichte über antisowjetische Resentiments in Bulgarien wegen wirtschaftlicher Interessenkollision zu überschätzen.

Heterogene Tschechoslowakei

Was die Tschechoslowakei betrifft, so liefert sie trotz tiefer und unwideruflicher Entfremdung von der Sowjetunion seit 1968 ein Beispiel für die Schwächung der eigenen Position durch innerstaatlichen Nationalismus. Direkt oder indirekt bleibt die Slowakei (im Gegensatz zu Böhmen und Mähren) ein Bollwerk des sowjetischen Einflusses. Von einem *gesamttschechoslowakischen* Widerstand kann also keine Rede sein. Die zentrifugalen Kräfte innerhalb der tschechoslowakischen Föderation werden von Moskau mit Erfolg ausgenutzt, um zentrifugale Kräfte im Block abzuwehren. Die Entwicklung der letzten Jahre hat, wenn auch jeweils aus unterschiedlichen Gründen, die Schwierigkeiten in den Beziehungen der Tschechoslowakei zu Ungarn, Polen und der DDR verschärft. Auch in diesem Fall kann man von keiner Solidarität, sondern eher von Schadenfreude bei Krisensituativen in den anderen Bruderländern sprechen.

Der deutsche Nationalismus bleibt freilich nach wie vor die gefährlichste Herausforderung für die Sowjetunion. Neue Emanzipierungstendenzen in dieser Richtung, vor allem bei der jun-

gen Generation in der DDR, lösen in Moskau Besorgnisse aus. Zugleich führen aber die gleichen Erscheinungen der nationalen Selbstbestimmung in den beiden deutschen Staaten auch zu einer latenten antideutschen Solidarisierung zwischen der Tschechoslowakei, Polen und der Sowjetunion.

Jugoslawien – kein Modell

Jugoslawien bleibt ein klassisches Beispiel für die vielen Dimensionen des Nationalismus, aber auch hier erleben wir Zeichen eines Wandels. Einst war Jugoslawien als alternatives Modell eine gefährliche Herausforderung für Moskau. Heute ist es eine Stütze für die sowjetische Vorherrschaft, weil die innere Lage so hoffnungslos ist. Weder in der Wirtschaft noch in der Politik bietet Jugoslawien echte Lösungen. Das Wiederaufflammen des innerjugoslawischen Nationalismus, der die Föderation bedroht, ist Wasser auf die Mühlen der Sowjetunion. Nationalismus wirkt sogar in den rumänisch-jugoslawischen Beziehungen als ein Element der Zerrüttung. Das gleiche gilt auch für das spannungsgeladene Verhältnis zu Albanien. Die Kosovo-Frage ist unlösbar. Die wachsende Erbitterung in der Provinz, aber auch in Albanien, dient bereits jetzt für Moskau als ein Mittel beim vielschichtigen Manövriren um Macht und Einfluss auf dem Balkan. Kurz, die Sprengkraft des Nationalismus bleibt ein brenannter Faktor östlich der Elbe.

Zwischen dem Volk und dem «Garanten»

Seit dem Tod Stalins haben die Umwälzungen in Berlin 1953, in Budapest

und Warschau 1956, Prag 1968 und Polen 1980/81 die sowjetische Führung wiederholt mit dem Problem konfrontiert: Wie kann die Hegemonie über das offiziell als «sozialistische Staaten-gemeinschaft» bezeichnete Kolonial-reich verteidigt, ja zementiert werden? Durch die Unterdrückung der Auto-nomiebestrebungen oder die Duldung einer gewissen Vielfalt? Und in die-sem zweiten Fall – wo liegt die Grenze des gefahrlos Zulässigen? Wieweit würde die freiwillige oder erzwungene Duldung der Autonomie die grund-sätzlichen sowjetischen Interessen retten oder eher den Prozess des Zer-falls im Ostblock beschleunigen?

Trotz allen Änderungen, trotz aller Vielfalt in den einzelnen Ostblock-ländern und in den Ost-West-Beziehun-gen bleibt die zentrale politische Realität (mehr als 40 Jahre nach Kriegs-end!) unverändert. Die in der DDR, Polen, Ungarn und der CSSR statio-nierten 31 sowjetischen Divisionen sind einerseits die Garantie der sowje-tischen Vorherrschaft und der Staats-interessen der Hegemoniemacht, an-derseits liefert gerade die Besetzung Osteuropas einen ständigen Zündstoff für den antisowjetischen und defen-

siven Nationalismus. Die widersprüch-liche Interessenlage der Führungs-gremien in den Kernstaaten der sowje-tischen Einflusssphäre kommt in deren Haltung zu Moskau und zu einander zum Ausdruck. Im Gegensatz zu den naiven Vorstellungen, denen man auch heute noch hie und da im Westen be-gegnet, sind die Regierungen aller Staaten des «importierten Sozialismus» überzeugt, dass ihre Sicherheit letzt-lich auf dem Schutz beruht, welchen ihnen die Militärmacht und der Ein-fluss der Sowjets gewähren. Sie sind alle bereit, je nach der politischen Si-tuation, taktische Konzessionen gegen-über der eigenen Bevölkerung zu machen und ihre Abhängigkeit von Moskau zugunsten der Vergrößerung ihrer eigenen Entscheidungsfreiheit abzuschwächen. Zugleich brauchen sie aber diese Abhängigkeit, um zu über-leben, da die sowjetische Macht die Aufrechterhaltung der Diktatur garan-tiert. Vor diesem Hintergrund bleibt der «unfrisierte Gedanke» des pol-nischen Satirikers Jerzy Stanislaw Lec weiterhin höchst relevant: «*Die Wirk-llichkeit kann man ändern, eine Fiktion muss man aufs neue ersinnen.*»

Paul Lendvai

Nationen und Nationalitäten

(...) «Hier hat das jugoslawische Gesetz über die Volkszählung ein pragma-tisches, aber hilfreiches Kriterium gefunden. In Jugoslawien sind ‚Nationen‘ solche, die ihr nationalkulturelles Zentrum innerhalb der jugoslawischen Grenzen haben, ‚Nationalitäten‘ (früher Minderheiten) aber solche, bei denen dieses Zentrum im Ausland liegt. So kommt es, dass die rund zwei Millionen Albaner in Jugoslawien eine ‚Nationalität‘, die rund 500 000 Montenegriner aber eine ‚Nation‘ sind. Eine Nation sind auch die Muslime in Bosnien, diese vor allem, weil sie sich als solche fühlen.»

Viktor Meier in «Frankfurter Allgemeine» vom 5. April 1986

Das Schicksal der polnischen «Unterhändler»

Ein Nachspiel zu Jalta

1985 war das Jahr der vierzigsten Wiederkehr weltpolitischer Ereignisse von grösster Bedeutung, derer in allen Einzelheiten gedacht worden ist. Aber über die Fülle des Geschehens, das die Medien damals in Erinnerung gerufen haben, ist ein entscheidendes Kapitel in der polnischen Tragödie, das sich 1945 abgespielt hat, verloren gegangen.

In Jalta hatten sich Roosevelt, Churchill und Stalin zur polnischen Frage auf eine Formel geeinigt, die so allgemein gehalten war, dass sich eine Einigung zumindest auf dem geduldigen Papier als möglich erwies – sie hätten den gemeinsamen Wunsch nach einem starken, freien, unabhängigen und demokratischen Polen. Die Existenz der damals noch von London und Washington anerkannten polnischen Exilregierung in London blieb unerwähnt; sie war von den Westmächten stillschweigend fallengelassen worden. Es sei jetzt möglich, hiess es in dem Beschluss, die in Warschau amtierende «Provisorische Regierung der nationalen Einheit» – hinter der damals neben dem Häufchen polnischer Kommunisten nur die Macht der Sowjetunion stand – «unter Hinzuziehung von demokratischen Führern in Polen selbst und von Polen im Ausland» auf eine «breitere demokratische Basis zu stellen». Diese so umgebildete Regierung sollte verpflichtet werden, «sobald als möglich freie, unbehinderte Wahlen auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung» durch-

zuführen, bei denen «alle demokratischen und Antinaziparteien Kandidaten aufstellen könnten». Nach der Umbildung der Regierung würde ihre Anerkennung durch Grossbritannien und die Vereinigten Staaten zu der ursprünglichen sowjetischen treten. Hätte man damals in Jalta versucht, den Begriff «freie Wahlen» genauer zu definieren, wäre die Konferenz aufgeflogen, was keiner der Beteiligten wünschen konnte, da man zur Niederringung des Dritten Reiches noch zumindest den Anschein alliierter Einheit brauchte.

Sowjetische Einladung zu Verhandlungen

Wie sollte aber die «Hinzuziehung demokratischer Führer» in Polen vor sich gehen? Polen war damals von der Roten Armee besetzt. Washington und London hatten dort noch keine diplomatischen Vertreter. Der polnische nichtkommunistische Untergrund hatte zwar nicht, wie in Moskau gern behauptet wurde, gegen die Rote Armee gerichtete Terroraktionen organisiert, sich aber begreiflicherweise den sowjetischen Organen gegenüber nicht decouvert. In Jalta waren der sowjetische Aussenminister Molotow und die beiden Botschafter Harriman (USA) und Clark-Kerr (Grossbritannien) ermächtigt worden, «sich in Moskau mit Mitgliedern der polnischen Regierung sowie mit anderen demokratischen polnischen Führern

aus Polen und dem Ausland zu beraten. Die polnische Exilregierung in London hatte neben zwei anderen im Land verbliebenen Ministern Jan Stanislaw Jankowski, ausgestattet mit dem Titel eines Vize-Premiers, zu ihrem ersten Vertrauensmann in der Heimat bestellt. Am 6. März 1945 liess der sowjetische Oberst Pimonow an die bisher nicht hervorgetretenen Repräsentanten der Exilregierung im Lande eine Aufforderung ergehen, zu einer Besprechung zusammenzukommen, die «*in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens*» vor sich gehen sollte, die «*es uns ermöglichen wird, sehr wichtige Probleme zu lösen und deren Verschärfung vorzubeugen*». Sollte, konnte man dieses Angebot ablehnen oder ignorieren und damit eine vielleicht einmalige Chance versäumen? Wir sind über den Verlauf der Dinge nur durch ein Buch orientiert, das Zbigniew Stypulkowski, Rechtsanwalt von Beruf und vor dem Krieg Parlamentsmitglied für die Nationaldemokratische Partei, damals als einer der Unterhändler vorgesehen, nach seiner Flucht nach London veröffentlicht hat (Z. Stypulkowski, *Invitation to Moscow*, London 1951).

Aus der eingehenden Darstellung dieses längst verstorbenen und vergessenen Mannes ist nicht ganz klar, wie Pimonows Aufforderung an die Adressaten gelangt ist. Jedenfalls waren sich die Vertreter aller nicht-kommunistischen Parteien – Bauernpartei, Sozialdemokraten, Nationaldemokraten und Christliche Demokraten – darüber einig, dass man von dem Angebot Gebrauch machen müsse. Jankowski wurde ermächtigt, in Verhandlungen einzutreten – Pi-

monow hatte sein Ehrenwort als sowjetischer Offizier gegeben, dass die Sicherheit der polnischen Partner garantiert sei. (Bei der späteren Gerichtsverhandlung in Moskau behauptete der Vorsitzende Generalleutnant Ulrych, einen Obersten dieses Namens gebe es in der sowjetischen Armee nicht.) Eine Reihe «vorbereitender Besprechungen» mit Pimonow, zu denen die polnischen Unterhändler in sowjetischen Autos gebracht wurden, wurde zwischen dem 17. und dem 27. März abgehalten. Die sowjetische Regierung habe Marschall Schukow, Oberbefehlshaber ihrer Truppen auf polnischem Boden, ermächtigt, die eigentlichen Verhandlungen zu führen, aber Grenzfragen und die Regierungsbildung würden sich der Kompetenz der Armee entziehen. Es komme ihr im Augenblick darauf an, mit den Vertretern des polnischen Untergrunds ein Abkommen zur Verhütung von Sabotageakten zu schliessen; ein solches Abkommen würde von Moskau als Vorspiel zu weiteren Verhandlungen auf breiterer Grundlage verstanden werden. Das klang wie ein Eingeständnis, dass die von Moskau eingesetzte polnische Regierung nicht imstande war, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, und gab den polnischen Unterhändlern einige Hoffnung. Pimonow versprach dann die Freilassung inhaftierter polnischer Funktionäre, ja, er erwähnte sogar die Möglichkeit, dass sich die Vertreter des polnischen Untergrunds mit der Exilregierung in London direkt besprechen könnten. Ein Bombenflugzeug sollte acht Unterhändler nach London bringen. Sie müssten nur ihr Wort geben, dass sie nach Warschau zurückkehren würden. Wiederholte

wurde den polnischen Unterhändlern eine Unterredung mit Marschall Schukow in Aussicht gestellt, der von Stalin in dieser Sache weitgehende Vollmachten erhalten habe.

Statt nach London nach Moskau

Am 28. März 1945 hatten sich die Vertreter des polnischen Untergrunds in einer Eisenbahnstation in der Nähe von Warschau versammelt, um der Einladung zu einem Mittagessen mit Schukow folgen zu können. Drei von ihnen fehlten: Jankowski, General Okulicki, der Kommandant der «Arma da krajowa» (Heimarmee), und der Vertreter der Sozialdemokraten, Kazimierz Puzak. Sie waren nämlich von einer «Besprechung» im sowjetischen Hauptquartier vom Vortag nicht zurückgekommen ... Trotzdem entschloss man sich, zu dem vermeintlichen Mittagessen zu gehen. Aber Schukow liess sich entschuldigen: er sei von der Leitung einer grossen, vermutlich der letzten Offensive voll in Anspruch genommen. Das Mittagessen werde trotzdem in einem hiefür besser geeigneten, 12 Kilometer entfernten Gebäude stattfinden. Man möge nur in die bereitgestellten Autos einsteigen. Damit waren dreizehn Polen in eine Falle gegangen, aus der sie sich nicht mehr befreien konnten. Von einem «gemeinsamen Mittagessen» war nicht mehr die Rede, aber nach einer qualvollen Nacht wurde ihnen eröffnet, man würde sie im Flugzeug zu Marschall Schukow an die Front bringen. Kaum war man aufgestiegen, hiess es, Schukow sei jetzt in Moskau und deshalb werde man nach Moskau fliegen, wo sich Jankowski, Okulicki

und Puzak bereits befänden und wo die Polen mit Vertretern der Sowjetregierung verhandeln könnten. Nach siebenstündigem Flug kam es wegen Benzinmangels zu einer Notlandung und zur Fortsetzung der Reise in einem Eisenbahnzug, der nach sechzehnstündiger Fahrt in Moskau ankam. Dann brachte eine Autokolonne die Polen nicht, wie sie gedacht hatten, in ein Hotel, sondern direkt in das Lubianka-Gefängnis in Einzelhaft.

Stypulkowski berichtet, dass er erst drei Tage nachher die erste Einvernahme hatte. Wie üblich, versuchte der erste Beamte, der ihn verhörte, sich durch vorgespiegeltes Interesse an seinem Schicksal und am Wohl seiner Familie das Vertrauen seines wehrlosen Opfers zu erwerben. Das zweite Verhör, das um 3 Uhr früh begann und bis Tagesanbruch dauerte, war weit weniger freundlich: Stypulkowski sollte alle seine «sowjetfeindlichen Handlungen» gestehen. So ging es durch Wochen. Im ganzen hatte Stypulkowski 141 Verhöre zu bestehen, die ihn, wie er sagt, trotzdem nicht zu brechen vermochten. Manche dieser Verhöre dauerten bis zu 16 Stunden ohne Unterbrechung. Dass nicht-kommunistische Polen sich den Kopf darüber zerbrachen, wie man die deutsche Besetzung loswerden kann, ohne deswegen in die Hände der Sowjetunion zu geraten, war etwas ganz natürliches, und es wäre sowjetischen Funktionären durch Hinzufälschung von Details nicht allzu schwer gefallen, daraus eine Anklage wegen angeblich geplanter Sabotageakte zu schmieden. Das genügte ihnen aber nicht, denn es kam ihnen auf den «Beweis» an, dass diese Polen im direkten Auftrag des Dritten Reiches

und als dessen bewusste Agenten gehandelt hätten. Doch diese absurde Absicht konnte auch mit Hilfe der raffiniertesten Verhörmethoden nicht gelingen. So wurde Stypulkowski z. B. vorgehalten, dass es zwar (wie er behauptete) stimme, dass sich seine Mutter und andere Familienangehörige in deutschen Konzentrationslagern befänden. Dort würden sie aber Vorzugsbehandlung geniessen, weil sie nur als Bürgen dafür festgehalten würden, dass Stypulkowski die Wünsche seiner deutschen Auftraggeber erfülle ... Stypulkowski sei der erste Angeklagte in der Sowjetunion, sagte ihm der Vertreter der Anklage, Rudenko (der später in dieser Funktion in Nürnberg tätig war), der nicht mit einem Geständnis vor seine Richter treten wolle. Ob er glaube, dass das ein kluges Verhalten sei?

Verurteilung nach einem Schauprozess

Seine fünfzehn Mitangeklagten sah Stypulkowski erst im Mai 1945 vor Gericht wieder. Im Gegensatz zu ihm waren sie «geständig», wenn auch kaum im Sinne der Anklage, die auf Ausarbeitung von Plänen für eine militärische Aktion im Bündnis mit Deutschland gegen die Sowjetunion lautete. Der Sozialdemokrat Puzak hatte lediglich zugegeben, mit Hilfe eines Geheimsenders mit der polnischen Exilregierung in London in Verbindung gewesen zu sein. Aber ein aus der Haft vorgeführter und vollkommen gebrochener Zeuge «berichtete» von auf Grund von Instruktionen der Exilregierung ausgearbei-

teten Plänen für einen Aufstand im Februar 1945 im Bunde mit Deutschland und mit dem Ziel, Polen in den Vorkriegsgrenzen und überdies noch mit Einschluss von Belo-Russland und der Ukraine wiederherzustellen ...

Am dritten Verhandlungstag wurde um 4.30 Uhr früh das Urteil gesprochen, das General Okulicki sowie die in Polen stationierten Mitglieder der Exilregierung Jankowski, Bien und Jasiukowicz schuldig erkannte, nach Kriegsschluss auf die Bildung eines gegen die Sowjetunion gerichteten polnisch-deutschen militärischen Blocks hingearbeitet zu haben – die Widersinnigkeit einer solchen Behauptung angesichts des Ausmasses der deutschen Niederlage muss man nicht erst nachweisen. Okulicki, der überdies noch der Spionage für fremde Mächte schuldig erkannt wurde, erhielt zehn Jahre Gefängnis, Jankowski acht Jahre, Bien und Jasiukowicz fünf Jahre; es ist nicht bekannt, ob sie in sowjetischer oder später in polnischer Haft gestorben sind. Puzak kam in Moskau mit achtzehn Monaten davon, wurde aber später in Polen neuerlich zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, die er nicht überlebt hat. In Moskau gab es damals sogar einige Freisprüche, und Stypulkowski wurde bloss wegen Nichtanzeige der angeblichen Absichten anderer zu der für dortige Begriffe ungewöhnlich kurzen Haftstrafe von vier Monaten verurteilt. Er konnte seine Erlebnisse 1950 im britischen Rundfunk schildern. Das machte damals einiges Aufsehen, war aber bald vergessen.

Erst sechs Wochen nach der Verhaftung der polnischen «Unterhändler» hat Molotow im Gespräch mit dem britischen Außenminister Eden

bei der Konferenz von San Francisco am 5. Mai den Sachverhalt zugegeben. Aber auch nach dem Schauprozess in Moskau war man im Westen noch nicht bereit, den Tatsachen in die Augen zu sehen. So liess die Londoner «Times» in ihrem Leitartikel vom 22. Juni 1945 keine Zweifel an dem Moskauer Prozess aufkommen:

«... Drei der Gefangenen wurden freigesprochen. Die meisten der anderen gestanden, als Mitglieder der Untergrundbewegung und auf Grund von Weisungen der polnischen Regierung in London in verschiedenem Ausmass an gegen die Rote Armee gerichteten Sabotageakten beteiligt gewesen zu sein. Nichts in ihren Geständnissen wird jene überraschen, die mit Sorge die immer stärker werdende antirussische Tätigkeit polnischer Agenten hier und anderswo in den

letzten zwölf Monaten verfolgt haben . . .»

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht mehr zu sorgen. Das Urteil von Moskau blieb auf der Konferenz von Potsdam unerwähnt. London und Washington erkannten nur mehr die bloss durch den aus London gekommenen früheren Premierminister Stanislaw Mikolajczyk erweiterte Regierung in Warschau an, und Mikolajczyk konnte noch von Glück sagen, dass er sich im November 1947 durch Flucht in den Westen sein Leben zu retten vermochte. Von den polnischen Funktionären, denen in Moskau 1945 und später so übel mitgespielt wurde, weiss heute niemand mehr etwas. Es wäre aber ungerecht, wenn die Geschichtsschreibung an ihrem exemplarischen Schicksal achtlos vorbeigehen wollte.

J. W. Brügel

Der ganze Mut der Unschuld

Von Theatersorgen, Figaros Scheidung und «Maria Stuart»

Das neuste Schlagwort, das deutschsprachige Theater betreffend, ist «*der mangelnde Mut zum Risiko*». Damit sollen Besucherschwund und Überalterung des Publikums erklärt werden. Fragt sich nur, was unter Wagemut und Kühnheit jetzt noch zu verstehen sei und wovor sich eigentlich die mutlosen Indendanten und Regisseure denn fürchten sollten, falls sie wirklich wüssten, womit die Theatermüdigkeit wirksam zu bekämpfen wäre. Mehr als – im alleräussersten

Fall – die Nichtverlängerung ihres Vertrags riskierten sie nicht. Falls sie aber Erfolg haben sollten, steige ihr Marktwert automatisch. «*Der mangelnde Mut zum Risiko*» ist keine Diagnose, sondern eine hohle Ausrede. Aber der Zustand des Sprechtheaters ist überschattet von Sorgen. Die Propheten und die Agitatoren haben ihr Pulver verschossen. Die Traditionen sind angeschlagen oder zerstört, Kontinuität ist verloren. Es ist die Zeit der Ironie, der skeptischen Revision

halbwegs noch vertretener Positionen. Das Publikum ist desorientiert, oft gelangweilt, vielleicht aber auch neu zu gewinnen. Man müsste Mittel und Wege finden, Theater wieder attraktiver zu machen. Der Mut, der jetzt gefordert wird, ist vielleicht der Mut zum Komödiantischen.

Was Hanna Kennedy in Schillers Trauerspiel zur Maria Stuart sagt, nämlich dass sie «*mit dem ganzen Mut der Unschuld*» vor den anmassenden Gerichtshof der Elisabeth von England treten dürfe, trifft vielleicht auch auf die künstlerische Leitung des Schauspielhauses Zürich zu, wenn sie erklärt, der Glückfall, zwei grosse Tragödinnen des deutschen Theaters gleichzeitig zur Verfügung zu haben, sei für sie nie wichtiger gewesen als konzeptionelle Erwägungen bei dem Entschluss, die Hauptrollen der Tragödie mit Agnes Fink und Maria Becker zu besetzen. Diese Chance habe im Gegenteil eine schon bestehende Konzeption erst ermöglicht. Zwar erwecken Beteuerungen dieser Art, besonders wenn sie wiederholt werden, schon fast Argwohn. Aber vielleicht kann man wirklich das politische Problem und das Ringen um die Macht verschärft zum Ausdruck bringen, wenn – ich möchte die allzu saloppe Formulierung aus der Zeitung «*Schauspielhaus Extra*» hier nicht übernehmen – die Protagonistinnen nicht in erster Linie als Frauen mit ihren Reizen und Leidenschaften, sondern als Machtmenschen und intelligente, erfahrene Herrscherinnen gesehen werden müssen. So freilich sieht schon Schiller das Problem: man soll nicht so tun, als habe ausgerechnet der Dichter des Trauerspiels nicht gewusst, worum es im Kampf der zwei

Königinnen geht. Da muss einer wirklich den ganzen Mut der Unschuld zusammennehmen, wenn er etwa bestreiten möchte, die Rivalität, die Schiller in ihrer tödlichen Konsequenz vorführt, sei etwas anderes als die Rivalität zweier Königinnen, von denen jede der andern die Rechtmässigkeit ihres Anspruchs streitig macht. Die Gefahr ist äusserst gering, es könnte ein Zuschauer wegen der erotischen Rivalitäten, die der Dichter geradezu furios spielen lässt, auf den Gedanken kommen, hier handle es sich um blosse Bettgeschichten und um Eifersucht. Von daher also bestand wirklich keine Not, die beiden Königinnen «zu alt» zu besetzen. Es ist darum vielleicht doch allein der Glückfall, der das Risiko dieser Inszenierung zu rechtfertigen vermag. Jedenfalls gab das Vorhaben vor der Premiere zu reden. Das Schauspielhaus war mehr als sonst im Gespräch, man war gespannt, man äusserte Skepsis und hatte Erwartungen. Dass die Leute aus Neugier ins Theater gehen, das gab es schon lange nicht mehr. Es ist kein schlechtes Motiv. Eine Bühne, die unter Erfolgsdruck steht, darf sich glücklich schätzen, wenn sie darauf zählen kann.

«Figaro lässt sich scheiden» – und Begleitgeräusche

Unter Erfolgsdruck, der eher lähmst als beflügelt, steht das Schauspielhaus freilich seit einiger Zeit. Dabei müsste eigentlich der Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Spielzeit vom künstlerischen Ertrag her nicht nur negativ gesehen werden. Im «*Keller*» hat man sich offenbar aufgefangen.

Nach dem ganz und gar unsäglichen «*Verschonten Land*» und dem zu betulichen und fast schon kitschigen Nestroy (nach Offenbach) ist dort mit «*Altwiibersummer*» von Hansjörg Schneider ein interessantes, aus der Gegenwart geborenes Stück in einer gut gearbeiteten Inszenierung (Peter Arens) eingezogen. Margrit Ensinger zeigt sich von einer ganz neuen Seite, eine Entdeckung geradezu. Mundart und Hochsprache sind in dem Spiel kunstvoll als die Idiome gegensätzlicher Welten. verwendet. Karikierte Schweizer Realität und tangoselige Traum- und Poesiewelt stehen gegenüber. Daniel Rohr, der junge Darsteller des Stephan, zerrissen zwischen der Enge und der Ferne, vermittelt Trotz und Sehnsucht einer Jugend. Das Bandoneon (Ottorino Barbi) lockt zum Tango.

Im grossen Haus, nach einem etwas problematischen Strindberg («*Totentanz*»), der auch in den Spielplan nicht so recht passen will, Wilde und Claudel: «*Bunbury*», der kleine Jux zum Thema Ernst in einer immerhin amüsanten, wenn auch freilich den Filigran der Wilde'schen Bonmots vergröbernden und teilweise gar zerriessenden Inszenierung (Klingenberg), und «*Das harte Brot*», ein eher selten gespielter Claudel in untadeliger Besetzung und kluger Regie (Ernst Wendt). An diesem Abend zeigte sich freilich auch, dass schlüssige Regiekonzepte durch die Rigorosität ihrer Durchführung gefährdet sein können. Einen Abend lang auf schwarz ausgeschlagener Bühne zu spielen, um dann im letzten Bild ein blendendes Weiss um so heller strahlen zu lassen, mag als Gedanke richtig sein; den Zuschauer ermüdet das Schwarz und

schmerzt das Weiss, und ausserdem sind auch Längen oder Pausen, die von der Interpretation her vielleicht sogar gerechtfertigt sein mögen, wohldosiert und zurückhaltend einzusetzen. Dennoch: «*Das harte Brot*» ist eine herausragende Leistung. Und dann folgte da auch noch «*Figaro lässt sich scheiden*» von Ödön von Horváth, von der Zürcher Kritik zwar nicht so recht goutiert, für mich jedoch ein hochfreudlicher Abend.

Inzwischen allerdings gab es Begleitgeräusche, die aufhorchen lassen. Die Vereinigung der Freunde des Schauspielhauses liess anfangs März ein merkwürdiges Communiqué veröffentlichen, das in knappen Worten so gut wie nichts mitteilt. Im Jahresbericht des Präsidenten mag eine derartige Notiz festhalten, der Vorstand habe einem Beschluss der Generalversammlung nachgelebt, indem er mit Vertretern der Leitung des Schauspielhauses eine Aussprache für Mitglieder veranstaltete. Das Communiqué für die Presse besagt nur, man habe positiv bewertet und beanstandet. Was genau, und wer überhaupt, inwiefern und wieso: wer an dem Abend nicht dabei war, erfährt es nicht und müsste daher auch nicht erfahren, dass so etwas stattgefunden hat. Oder soll da etwa vor der Öffentlichkeit ein Signal aufgezogen werden, des Sinnes: Passt auf, wir gucken Euch auf die Finger? Da könnte man ja beinahe verstehen, dass sonst ernst zu nehmende Leute auf einmal wieder den «Löffler-Schock» in den Knochen zu spüren glauben. Sie haben diesen «Schock» eben verinnerlicht und bieten herum, in Zürich sei das Theaterleben durch Intoleranz geprägt. Damit kaufe man den Leuten jeden Mut zum Risiko ab.

Meine Untersuchungen und Erfahrungen darüber haben eher ergeben, dass es sich einfach um Zweifel handelt, ob man denn noch ins Theater gehen soll. Resignation macht sich nicht nur bei den Theatermachern breit, da und dort eben auch bei Zuschauern, von denen längst nicht alle so borniert sind und längst nicht alle die Klassiker nur nach alter Väter Sitte sehen wollen. Dem Heutigen und selbst dem Anstössigen sind sie nicht abgeneigt, wenn es sie nur nicht langweilt. Man sitzt einem Klischee auf, wenn man meint, der ab und zu spürbare Unmut des Publikums (ein Sammelbegriff für Heterogenes) komme lediglich aus seiner konservativen und unbeweglichen Ecke. Ich glaube, dass die Faszination einer Theatervorstellung, ganz gleich, ob sie von der Thematik, von der Art der Darstellung oder einfach von der szenischen Präsenz und der Sprache ausgeht, stärker ist als alle sich widersprechenden Ansichten. Und generell könnte man vielleicht schon sagen, die sporadische Unlust röhre einfach daher, dass zu wenig läuft.

«*Figaro lässt sich scheiden*» ist sicher nicht Ödön von Horváths stärkstes Stück. Die Idee, auf der es basiert oder von der es ausgeht, ist in der losen Bilderfolge nicht durchgeführt. Die Scheidung Figaros wäre doch gedacht als Zusammenbruch all dessen, was mit «*Figaros Hochzeit*» begonnen hat: Scheitern der Revolution, tödliche Konfrontation zwischen Ideal und Wirklichkeit. Dies alles schafft das Stück nicht. Es zu spielen und der Horváth-Rezeption damit neue Impulse zu geben, ist dennoch ein Verdienst, und die Zuschauer kommen erst noch in den Genuss einer Aufführung, die Qualität hat. Ich muss es

uneingeschränkt loben, wenn eine Dramaturgie eigene Wege geht und sich einfallen lässt, was nicht ohnehin die internationale Theaterpresse füllt. Bekanntlich schwoll der Horváth-Boom in der Nachkriegszeit zuerst mächtig an und verebbte dann. Als die Politisierung des Theaters am stärksten und der Bedarf nach revolutionären Attacken von der Bühne herab am grössten war, konnte man die relativierende, skeptisch-ironische Gesellschaftskritik Ödön von Horváths nicht mehr brauchen. Angeblich darum nicht (es gibt entsprechende Aussagen), weil er im Publikum zu gut ankam, sehr viel wahrscheinlicher jedoch darum nicht, weil er die Revolutionsromantiker ebenso kritisch betrachtet wie die Spiessbürger. In «*Figaro lässt sich scheiden*» mag zunächst befremden, dass er das Personal aus «*Figaros Hochzeit*» in die Neuzeit verpflanzt und man nicht mehr so recht weiss, vor welcher Revolution der Graf Almaviva und sein Friseur auf der Flucht sind. Es ist eben nicht der Klassenkampf, der Horváth am Herzen liegt, sondern es ist das, was bei geschichtlichen Umwälzungen so zu beobachten ist, bei den alten Herrschaften und bei den neuen. Das ist es, was er in seiner Bilderfolge beschreibt, ohne durch die ideologische Brille zu blicken. Und da kommt dann unter Umständen eben der verarmte Aristokrat (Peter Brogle als Graf Almaviva) besser weg als der neue Schlossverwalter mit seinem armseligen Parolenschatz.

In Fred Berndts schöner, vielleicht etwas zu aufwendiger Inszenierung, die längere Umbauten zwischen den einzelnen Bildern voraussetzt und darum den Ablauf der dramatischen Er-

zählung etwas verschleppt, sind die Szenen aus dem Emigrantenleben am eindrücklichsten. In der Erinnerung haften vor allem die Szene im Wachtlokal der Grenzwächter oder jene andere im Coiffeursalon zwischen Susanne und der Hebamme. Jedenfalls hat diese in schönen Bildern fast schon schwelgende Aufführung bestätigt, dass gerade jetzt Zeit ist für Horváth. Übrigens: Warum eigentlich hat man in Zürich noch nicht die «*Geschichten aus Hollywood*» von Christopher Hampton gespielt, ein Stück, das davon ausgeht, Ödön von Horváth sei nicht einem Unfall in Paris zum Opfer gefallen, sondern habe wie viele seiner Schicksalsgenossen das amerikanische Exil erreicht und schlage sich da mit der Arbeit an Filmdrehbüchern durch? Heinrich und Thomas Mann treten auf, ihre Gattinnen, Salka Viertel, berühmte und unberühmte Personen. Horváth sagt einmal zu seiner jüdischen Freundin, seine Stücke seien nicht politisch und verträten keine speziellen Ideen, keinen Marxismus wie bei Brecht. Er, Horváth, schreibe nur über ganz gewöhnliche Leute, wie bizar्र sie eben seien. Er schreibe, wie das Leben bedauerlicherweise nun einmal sei. Er schreibe über die Opfer der Gesellschaft, die Armen, die Unwissenden. Und die Linke attackiere ihn dauernd und werfe ihm geschenkten Pessimismus vor. Mehrmals kommt es in Hamptons Tragikomödie natürlich zu Szenen zwischen Horváth und Brecht, den er einmal fragt, warum er auf seiner Flucht durch die Sowjetunion nicht in Moskau geblieben sei. Brecht antwortet, es habe dort zu wenig Zucker gegeben. Gegen Ende des Gesprächs fragt Brecht seinen Kollegen, ob er nicht etwas von Lenin bei sich

habe. Er, Brecht, habe keine Schwierigkeiten mit dem amerikanischen Zoll gewollt und darum seinen Lenin bei San Pedro über Bord geworfen. Die Gesammelten Werke Lenins am Grund des Hafens von Los Angeles: darüber lächelt Horváth in Hamptons Stück. Man sollte es in Zürich spielen. Das Thema der Emigration, des Exils, des antifaschistischen Widerstands, zu dem gerade auch Ödön von Horváth zu zählen ist, dieses Thema verjährt nicht, schon gar nicht für eine Bühne, die ihren grössten Ruhm Emigranten verdankt.

Ein Postscriptum zum Programm-
buch kann ich nicht zurückhalten: Zwar ist es gewiss informativ und stellt Texte Horváths neben Texte seiner Zeitgenossen, Ausschnitte aus Interpretationen neben Erinnerungen von Freunden. Sollte man aber nicht in einer so materialreichen Anthologie mit den Quellenangaben und dem genauen Wortlaut exakter und vollständiger sein? Der Text von Walter Mehring zum Beispiel, wie eine Stichprobe ergibt, stimmt nicht mit der Lesart überein, die in der Werkausgabe des claassen-Verlages steht. Wer zeichnet für die Varianten verantwortlich?

«*Maria Stuart*» oder die Kunst, Schiller zu sprechen

Die Konsequenzen des Entschlusses, die Rollen der beiden Königinnen in der «*Maria Stuart*» mit Agnes Fink und Maria Becker «zu alt» zu besetzen, sind ganz anders, als man nach der erneuten Lektüre des Trauerspiels, aber auch nach den konzeptionellen Deklarationen des Regie führenden Gerd Heinz denken möchte. Ob es

denn nicht peinlich sein könnte, wenn die Gesandten Frankreichs am Hofe von Westminster um die königliche Braut werben und diese bedauert, der Staatsraison wohl ihre Jungfräulichkeit opfern zu müssen, oder ob es denn nicht im höchsten Masse anstössig sein müsse, wenn Mortimer die zum Tode verurteilte Maria bestürmt, sie möge doch mit ihren Reizen, «*die dein nicht mehr sind*», den Geliebten beseligen: das sind Sorgen, die man sich nicht hätte machen müssen. Gewiss, ganz ohne Reaktionen im Publikum bleibt das nicht, es löst momentane Heiterkeit aus. Man kann aber auch nicht sagen, wie das die theateroffiziellen Vorschauen behaupteten, durch den Wegfall der erotischen Rivalität der beiden Königinnen werde das politische Problem und der Kampf um die Macht verschärft zum Ausdruck gebracht. Und dass die Autorität der Damen ihren männlichen Beratern und Günstlingen gegenüber etwa grösser sei, weil jetzt sozusagen ins Gesicht geschriebene Erfahrung sie stütze, ist ebenfalls eine blosse Behauptung. Unbestritten ist allein, dass Maria Becker und Agnes Fink die Kunst, Schiller zu sprechen, in einer Vollkommenheit beherrschen, die allerdings Massstäbe setzt. Der Auftritt der königlichen Schauspielerinnen mag da oder dort an die Grenzen dessen stossen, was darstellerischer Kunst der Verwandlung erreichbar ist. Da muss die Einbildungskraft des Zuschauers mitspielen. Auch denke ich, es sei bei Agnes Fink in der Rolle der Maria doch zuviel Härte, zu wenig Verlockung und Geheimnis des Daseins, aus denen heraus dann ihr Schritt zum Erhabenen, ihr Schritt in die Freiheit die vom Dichter

gewollte Grösse gewonne. Und die Elisabeth Maria Beckers gerät im Verlauf des Abends mehr und mehr ins Maskenhafte, wofür sie allerdings nicht allein die Verantwortung trägt. Denn auch die andern Figuren sind einer offenbar gewollten verfremdeten Beleuchtung ausgesetzt, von unten herauf, so dass sich beispielsweise die Ränder der Perücken abzeichnen und der kahle Schädel Burleighs stets einen Schatten auf seiner Oberseite hat. Das wirkt nicht sehr professionell. Wenn es beabsichtigt war, hat es zu Ergebnissen geführt, die man spätestens nach der Generalprobe hätte tilgen müssen. Aber Maria Beckers Spiel hat auch abgesehen von diesem Handicap etwas Maskenhaftes, ihre Stimme wird schrill, der Gang steif, die Gestik starr. Doch diesen Tribut ans Unabänderliche nimmt man leicht in Kauf. Denn über die Gebrechen des Realen triumphiert die Kunst.

Die erste Unterredung der Maria Stuart mit dem Grossschatzmeister Burleigh, den Wolfgang Stendar als finsternen Vollstrecker spielt, ist ein herrlich intoniertes Duell mit Attacken, Paraden und Finten aus Sprache, wie einzige Schiller sie zu schreiben vermochte: im Pathos der Logik sozusagen (Ernst Blochs exakte Überlegungen zur Kunst, Schiller zu sprechen, eröffnen das wiederum reichhaltige und sorgfältig redigierte Grammbuch). Rhetorisch effektvoll sind auch die Szenen zu Westminster, die Werbung der französischen Gesandten, der Staatsrat, die Selbstdarstellung der Majestät. Erstaunlich genug: Es geschieht in diesen Szenen fast nichts. Kaum dass die Figuren ihren Standort wechseln. Und doch fasziniert einen die scharf geschliffene

Rede, ist man von Vers zu Vers gefesselt gerade nicht durch den «Hoftheaterschwung», den Ernst Bloch zu Recht als falsche Konsequenz von Schillers gehobenem Ton verurteilt, sondern durch Genauigkeit und Stringenz dieser Sprache. Der Zweikampf der Rivalinnen im Park von Fotheringay ist ein grosses Turnier in Versen. Maria Becker, unnahbar, hoheitsvoll, lauernd und gefährlich, schiesst Wortpfeile ab: die «*Natter am Busen*», auch dass sie «*übe, was Eure Priester lehren*». Agnes Fink wiederum ist aus widerwillig eingenommener Demutshaltung heraus rasch zum Gegenangriff bereit. Sie schleudert ihre Anklagen wie Geschosse heraus, schimpft die Gegnerin «*Bastard*» und nennt sie eine «*listige Gauklerin*». Von dieser Szene an müsste das Verhängnis seinen rasenden Lauf nehmen.

Der Gesamteindruck dieses Abends, der um halb acht beginnt und erst nach elf Uhr seinen leider nicht überzeugenden Abschluss findet, ist zweifellos bestimmt durch die Präsenz und die hohe Sprech- und Darstellungs-kunst der Protagonistinnen. Der Mut, Schillers glanzvolle Rhetorik, seine theatralischen Effekte ebenso wie seine auf Antithesen abgezogene Leidenschaft voll auszuspielen, ist lobenswert auch in kleineren Rollen. Da wären etwa René Scheibli als Ritter Paulet hervorzuheben, Jodoc Seidel als Davison, Renate Steiger als Hanna Kennedy. Aber da nun, wo die Konzeption ihre Feuerprobe zu bestehen hätte, stelle ich fest, dass nichts mehr stimmt. So ist der Mortimer des Sven-Eric Bechtolf vollkommen danebengeraten, vielleicht nicht einmal so sehr wegen der Umdeutung des verliebten Jünglings, den Schiller erfunden hat, in

einen geistigen Terroristen und fanta-tischen Konvertiten, sondern nur, weil sich Bechtolf an Schillers Sprache überfordert sieht. Statt dass bedin-gungsloser Idealismus seine Stimme erhebt, versucht sich der Schauspieler, offensichtlich nach dem Willen seines Regisseurs, in der Darstellung eines psychisch gestörten Attentäters. Auch der Graf Leicester, Günstling der Elisabeth und Favorit der Stuart, der schöne Grande zwischen zwei Frauen, will nicht mehr recht ins Konzept passen. Peter Ehrlich ist zu bedauern: mit der klaren dramaturgischen Funk-tion ist ihm auch die stilistisch stim-mende Linie abhanden gekommen. Hans Dieter Zeiders Talbot dagegen, eine besonnene, sehr eindrückliche Gestaltung, bleibt im Gedächtnis.

Aber nicht nur an diesen Figuren zeigt sich, dass Gerd Heinz die Konsequenzen seiner eigenwilligen und aussergewöhnlichen Besetzung der Hauptrollen nicht genügend bedacht hat. Sie sind auch das Opfer einer schwer verständlichen Zerstörung der Spannungsbögen und der rhythmi-schen Struktur der Tragödie. Wie nur kann man die kurze, hastige Szene zwischen Mortimer und Okelly gleich nach Bekanntwerden des Anschlags auf Elisabeth so unerträglich zer-dehnen? Wie hilflos lässt der Re-gisseur den Grafen Leicester, wenn dieser bekommen die Vorgänge auf dem Schafott erlauscht! Dass Gerd Heinz gar Schillers exakt gesetzte Schlusspointe («*Der Lord lässt sich entschuldigen . . .*») durch den müden, schleppenden und schier endlosen Gang der Königin weit in den Hintergrund meint ergänzen zu müssen, be-wiest ganz zum Schluss noch einmal, wie wenig er die Tempi und die rhyth-

mischen Abläufe erspürt hat, die doch in diesem wie kaum in einem andern Bühnenwerk von Schiller unverzichtbarer Teil einer höchst kunstvollen Dramaturgie sind.

Dass die Tragödie in schwarzem Gemäuer und kahlen Räumen spielt (sogar der rote Vorhang ist durch einen schwarzen ersetzt), dass aber dann die allerletzte Szene in einem grellen und blendenden Weiss gehalten wird, ist alles andere als originell; es erinnert an Ernst Wendts Anordnungen für «*Das harte Brot*», und schon dort schien mir die Massnahme höchst problematisch. Wolfgang Mais Dekorationen für die mit historischen Kostümen ausgestattete Inszenierung der «*Maria Stuart*» sind geradezu spartanisch: kein Prunk und Glanz im Palast, kein Grün im Park, überhaupt keine Farben. Der Zwischenvorhang,

der einen vergrösserten Ausschnitt aus einem Porträt der Majestät darstellt, mit abgelegter Krone, mit Globus und mit juwelenbesetztem Kleid, ist wie ein schwaches Alibi für vorenthaltene Augenlust. Sollte auch damit das politische Problem verschärft zum Ausdruck gebracht werden?

Hätte diese Inszenierung nicht Fehler und Mängel, die mit der allerdings ungewöhnlichen Besetzung der beiden Königinnen letztlich nichts zu tun haben, sie wäre vielleicht ein Markstein geworden in der Tradition der Schiller-Abende am Schauspielhaus Zürich. An dieser Tradition hat vor allem Maria Becker seit den vierziger Jahren einen bedeutenden Anteil. Im Beifall der Zuschauer schwingt auch Nostalgie mit, für die Gegenwart des Theaters nicht ungefährlich.

Anton Krättli

Moralität und Sittlichkeit

Nach dem XVI. Internationalen Hegel-Kongress in Zürich

«Mit Verlaub! – aber um es deutlich zu sagen», sprach Rüdiger Bubner: Nicht überall, wo gesprochen werde, werde auch argumentiert. Er behauptet ja nicht, dass dies jemand behauptet. Er sage ja nur, wenn dies jemand behauptet, dann irrt er. Bubner irrt nicht, das trifft zweifellos zu; und es trifft auch dann zweifellos zu, wenn über Argumentation gesprochen wird. Wenn in Vorträgen gesprochen wird – zumal öffentlich, wird gewöhnlich vor allem appelliert und plädiert. Das tun auch Philosophen, auch wenn sie ab-

handeln und dabei gewiss auf den Formenreichtum des Arguments ausgiebig zurückgreifen. Noch immer aber ist es nicht der «zwanglose Zwang des besseren Arguments», der vorwaltet. Evidenzen – auch philosophische – speisen sich weder aus Argumenten allein, noch gar aus jenem «Zwang».

Der Dauerbrenner der letzten zehn Jahre, die Habermas-Apelsche «ideale Sprechsituation» okkupierte real denn auch nur den ersten Abend. Karl-Otto Apel, Günther Bien und Rüdiger Bub-

ner, unter der Podiumsleitung von Walther Zimmerli, bezichtigten sich wechselseitig, mehr oder minder argumentativ, des nichtidealen Sprechens. Ansonsten wahrte die Tagung Raum und Aufmerksamkeit für Hegels nachhaltige Bemühungen um die Realitäten. Nicht Moral und Ethik standen im Vordergrund, sondern politische Philosophie, Rechts- und Staatsphilosophie.

Macht, Gewalt und Krieg, ihre Probleme vor, während und nach Kants ewigem Frieden haben an Aktualität, auch an philosophischer, nichts eingebüßt. Heinz Kimmerles und Wolfgang Sünkels Eröffnungs- und Schlussreferate zeugten davon: «Das Verhältnis von Macht und Gewalt als innere Norm politischen Handelns» und «Hegel und der Krieg». Macht löst sich – das ist sowohl Hegel als auch Gemeingut – von seinem Partikularismus nach Massgabe ihrer Möglichkeit, auf Gewalt zu verzichten. Ihrem Erfolg sind dabei, aus soziologischen wie aus anthropologischen Gründen, prinzipiell Schranken gesetzt. Es bleiben Gewaltüberschüsse mit den Problemen, diese zu binden. Was Kimmerle anfangs sagte: sie müssten im Inneren gebunden und abgeführt werden, ergänzte Sünkel zum Abschluss: nach aussen dürften sie nicht abgeführt werden. Dies «müssten» und «dürften nicht» exemplifiziert nach Hegel wohl ein recht müdes «reines Sollen». Darum wäre – wiederum nach Hegel – in Richtung auf analytische Durchdringung des gegenwärtigen Seins, das diesem konjunktivischen Sollen weltweit höhnt wie kaum zuvor, mehr zu verlangen. Sittlichkeit ist heute, auch und gerade wo es um ihre Konzeption zu tun ist, Ge-

genstand supranationaler Befunde und Erörterungen. Nur unter dieser Prämissen ist die Aktualität der Hegelschen Konzeption und ihre Fruchtbarkeit zu diskutieren. War für Hegels Sittlichkeit nicht konstitutiv, dass sie nur im Plural Realität gewinnen kann, als die Sittlichkeiten einer Pluralität von Gemeinwesen, für die außerdem wesentlich ist, sich zueinander unsittlich zu verhalten? Ist Hegels Notwendigkeit – weil schlechterdings unverfügbare Zufälligkeit – des Kriegs nach wie vor eine quasimetaphysische Angelegenheit und seine Vermeidung kein mögliches Ziel politischen Handelns und kein möglicher Auftrag politischer Institutionen? Es war davon die Rede, nur vielleicht etwas zurückhaltend. Sünkels Seitenblick auf die Frage, ob es zu Lasten von Hegels monarchischer Konzeption gehen könnte, dass die *res publica* nur als Nation denkbar ist, traf den Punkt, leider ohne weiter einzudringen.

Der Besuch des Vortrags von Peter Bulthaup war ein Besuch im Museum, so schien es ganz. Die letzten Ausläufer der Frankfurter Intelligenz der zwanziger Jahre sind noch mit uns. Und in jenen Ausläufern, wo Adorno noch lebt, hat Hegel vielleicht wieder mehr Vitalität als bei Adorno selbst. Bulthaup hat nicht nur vor Hegels Logik nicht kapituliert, er arbeitet mit ihr. Hegels Logik, vielleicht erinnert sich jemand, war die Wissenschaft dessen, was sich selbst, durch sich selbst, begründet. «Das Recht der Logik» war Bulthaups Gegenstand. Das Recht, im Selbstbegründungsakt seines Auftritts, tritt auf kraft der rechtssetzenden Gewalt seiner Herrschaft. Diese ist nicht nur endlich, sie ist partikular. Die angemessenen Mittel zu

diesem Aufweis findet Bulthaup in Hegels Logik. Blass steht auch sie im Museum, und Bulthaups brillanter Vortrag liess sich 1986 in Zürich kaum diskutieren.

Im Rahmen ihrer Plattform exponiert und profiliert, äussern sich nach wie vor die politischen Philosophen des Liberalismus, der sich – zumindest in der Theorie – in der Spannung zwischen seinem progressiven und seinem konservativen Flügel definiert. Shlomo Avineri bot alles auf, dem Rechtshegelianismus politische Offenheit zu bewahren. Hegels politische Philosophie zeigte sich demgemäß im Kern als Philosophie der bürgerlichen Gesellschaft, nicht des Staats, der in ihr nicht die zentrale Rolle spielt. Der liberale Konservatismus sah demgegenüber Hegel bezeichnenderweise immer rechts von sich, als Philosophie der Restauration und des Bürokratismus. Die konservative Mesalliance mit jenen Marxisten, die im Linkshegelianismus vor allem frùhsocialistische Naivität und in Hegel den Philosophen der Konterrevolution sehen, ist ebenso bezeichnend. Den Schlüssel zum grundlegenden Motiv der Debatte kann wohl immer noch das alte berühmte Diktum des Liberalen Joachim Ritter liefern: Es gebe keine zweite Philosophie, «die so sehr und bis in ihre innersten Antriebe hinein Philosophie der Revolution ist, wie die Philosophie Hegels». Sie ist bis ins Innerste Philosophie der Macht – und damit des Endlichen. Die Diskussion im Anschluss an Avineris Vortrag förderte gute Gedächtnisauffrischung über diese Frontenverläufe im Erbstreit um Hegel.

Diskussion: Die Internationale Hegel-Gesellschaft ist in ihrer Art ein einzigartiges Forum. Ihr Gründer, heute Ehrenvorsitzender, Wilhelm Raimund Beyer sorgte Jahrzehnte hindurch dafür, dass sich in der Gesellschaft nicht nur westliche Marxisten mit hauseigenen Liberalen stritten, sondern lange Zeit ebenso lebhaft mit konformeren und kritischeren Kollegen aus den Ostblockstaaten. Die Staatsdenker dieser letzteren Provenienz waren es, welche im Verein mit DKP-nahen bundesdeutschen Philosophen die Gesellschaft schliesslich in die Krise führten, so dass es 1982 zum Bruch kam. Der Zürcher Kongress dokumentierte sehr eindrücklich die Regenerationsfähigkeit der Gesellschaft, die diesmal – unter dem Präsidium von Rudolf W. Meyer – wieder mit über 100 Referenten aus 14 Ländern in sechs Plenar- und 22 Sektionssitzungen dreisprachig tagte. Das Kongressprogramm legte – gemäß Tradition der Gesellschaft – das Gewicht nicht so sehr auf die Präsentationen der Spaltenleute als auf die Arbeit der Sektionen, wo immer wieder auch zahlreiche jüngere und nebenamtliche Philosophen zu Wort kommen. In diesen Gruppen von teils nur zwei bis drei Dutzend Häuptern zeigte sich gerne und mit regem Interesse auch die vielleicht Prominenteste in der vorwiegend männlichen Teilnehmerschaft: la Parisienne Luce Irigaray.

Der Tagungsmodus stellte äusserste Ansprüche an die Organisation, deren Probleme von Peter Günter und Peter Schaber hervorragend bewältigt wurden.

Georg Brunold